



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

„Wirtschafts- und Industriepolitische Perspektiven aus der Krise“

Industriepolitische Konferenz der IG Metall, IG BCE und HBS

Oberhausen, 26.06.2009

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

wer in den vergangenen Jahren über aktive Industriepolitik sprach und dabei nicht über die 70er Jahre referierte, wurde bestenfalls milde belächelt. So als könnten 80 Millionen Menschen auf Dauer auch von (Finanz-) Dienstleistungen gut leben.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Jeder dritte Arbeitsplatz (11 Mio.) in Deutschland hängt direkt oder indirekt an der Entwicklung der industriellen Wertschöpfung und deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2008 bei 35% (über 800 Mrd. EUR). Und ein Blick auf den jüngst veröffentlichten Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zeigt: Dort, wo es starke industrielle Kerne gibt, ist die Armutsquote niedrig. Und umgekehrt.

Wer also über den Wirtschaftsstandort Deutschland redet, darf über die Industrie nicht schweigen! Denn fest steht: Die Industrie ist Quelle unser aller Wohlstand. Deren Ergiebigkeit droht aber im Strudel der globalen Wirtschaftskrise dauerhaft und unwiederbringlich Schaden zu nehmen.

Anrede,

auch wenn sich die Problemlage von Unternehmen zu Unternehmen anders darstellt, so ist die Gesamtsituation als äußerst kritisch

einzuschätzen. Und wer heute schon Licht am Ende des Tunnels sieht, den möchte ich warnen:

Es könnte sich auch um den entgegenkommenden Zug handeln!

Denn Auftragseinbrüche wirken zeitverzögert. Was dazu führt, dass die Krise ihre volle Wirkung wohl erst im Spätsommer entfaltet. Ganz gleich, ob die Daten dann einen Silberstreif am Konjunkturhimmel zeigen oder nicht.

Damit ist klar: Wir können es uns auf keine Fall leisten einfach abzuwarten, in Einzelfällen vielleicht nachsorgend einzugreifen, rückblickend Bilanz zu ziehen.

Denn bedroht sind nicht „nur“ einzelne Unternehmen, sondern die industrielle Substanz des Landes. Dessen Leistungsfähigkeit auf Voraussetzungen basiert, die nicht nach Belieben an und wieder ausgeschaltet werden können.

Die starke Stellung der M&E Industrie ist in erster Linie ein Erfolg gut qualifizierter und motivierter Belegschaften. Aber auch das Ergebnis von Industrieclustern, von gewachsenen Zulieferbeziehungen, von unternehmensübergreifenden gemeinsamen Entwicklungsanstrengungen.

Anders formuliert: Die Summe ist mehr als die Einzelteile, fallen Einzelteile aus, ist aber das Ganze in Gefahr.

Wer vor diesem Hintergrund über hohe Kosten und Marktverzerrung bei staatlicher Intervention lamentiert, hat zwei Dinge nicht begriffen:

- (1) dass erst die Kosten einer passiven Schrumpfungsstrategie weder wirtschaftlich noch sozial tragbar sind und jedem zukünftigen Aufschwung den Boden entziehen und
- (2) Marktverzerrung zunächst einmal einen funktionierenden Markt bedingt. Angesichts der bereits genannten Zahlen (dramatische Einbrüche in allen Branchen) kann aber genau dies zur Zeit bestritten werden.

Anrede,

was ist also zu tun? Ich möchte die verbliebene Zeit nutzen, um unseren Weg durch die Krise und darüber hinaus zu skizzieren. Dabei geht es mir um die große Linie, denn allein mit betriebswirtschaftlichen Strategien oder einer Verbesserung der Angebotsbedingungen kommen wir angesichts der Ausgangslage nicht weiter [ggf. dennoch Verweis auf die Krisen-Task-Force].

Unverzichtbar sind alle die Maßnahmen, die schlichtweg das Überleben der Industrie, der Arbeitsplätze und Einkommen sichern: Erleichterungen bei der Kurzarbeit, Dämpfung des Nachfrageausfalls durch Konjunkturprogramme, Bereitstellung von Bürgschaften und Krediten [ggf. Forderung nach „public equity“ finanziert über Vermögensanleihe].

Was bisher - auch unter Mitwirkung der IG Metall - beschlossen wurde, ist gut und richtig. Und hätte wohl - zugegebenermaßen spekulativ - zur Bewältigung eines „normalen“ konjunkturellen Abschwungs gereicht.

Anrede,

diese Krise ist aber alles andere als „normal“.

Ja, wir brauchen eine Brücke über die Krise, aber sie muss auch zum anderen Ufer führen. Und nicht zurück zum selben!

Wenn die Bundeskanzlerin sagt, wir müssen stärker aus der Krise kommen, als wir hineingegangen sind, dann frage ich mich schon: Wie soll das gehen, wenn alle Anstrengungen darauf ausgerichtet sind, ein „Weiter-So“ zu ermöglichen?

Als ob nicht gerade das „Weiter-So“ direkt in die Krise geführt hätte.

Notwendig ist eine Politik, die nicht ausschließlich Symptome lindert, sondern an den Ursachen der Krise ansetzt und den Wiederholungsfall verhindert. Notwendig ist zunächst

- eine effektive Regulierung und Eindämmung der Finanzmärkte
[Finanzmärkte müssen der Realwirtschaft dienen; Forderungen der IG Metall liegen vor] sowie

- eine Arbeitsmarktordnung, bei der sich Beschäftigungsaufbau in tariflich entlohnte Normalarbeitsverhältnisse übersetzt und nicht in Leiharbeit [beim nächsten Aufschwung droht ein explosionsartiger Anstieg] oder andere Formen ungeschützter Arbeit. Was übrigens auch ein entscheidenden Beitrag dazu wäre, die Binnenkaufkraft zu stärken.

Politik und Arbeitgeber [und Banker] müssen aber vor allem begreifen, dass es nicht reicht, auf die vermeintlich wundersame Kraft der entfesselten Märkte zu verweisen, ggf. garniert mit ein bißchen Angebotspolitik. Dass wir statt dessen eine Politik brauchen, die ganz bewusst auf gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten von Marktergebnissen setzt.

Anrede,

genau hier muss unsere Brücke zum anderen Ufer ansetzen. Wir setzen dem entfesselten Markt das Leitbild einer nachhaltigen Industriepolitik entgegen. Nachhaltig ist sie dann, wenn sie

- unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten ökonomisch effizient ist.
- sozial ausgewogen ist, d.h. Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet und Strukturwandel ohne Brüche bei Einkommen und Beschäftigung ermöglicht.

- eine tiefgreifende ökologische Modernisierung einleitet sowie
- umfassende demokratisch-gesellschaftliche Beteiligungs- und Teilhaberechte garantiert.

Dabei ist der letzte Punkt Voraussetzung für alle anderen. Nur durch Beteiligung und Mitsprache wird es gelingen, anderen Rationalitäten als dem „höchstmöglichen Profit in kürzester Zeit verteilt auf einige Wenige“ Geltung zu verschaffen.

Nur durch Beteiligung und Mitsprache kann es gelingen, auch die traditionellen Konzepte einer aktiven Industriepolitik - z.B. die Förderung von Leitmärkten - in einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzubetten.

Ich will das mit aller Deutlichkeit sagen: Mein Vertrauen in den Markt und große Teile wirtschaftlichen Eliten ist deutlich erschüttert.

Wir können uns nicht auf die Einsicht in die Notwendigkeit verlassen, sondern brauchen Strukturen, die Grenzen setzen, die Richtung (mit-) bestimmen, die die Bedürfnisse der Menschen - nicht die der Investoren - ins Zentrum allen Handels rücken.

Unsere Vorschläge für die Schaffung solcher Strukturen liegen auf dem Tisch [Aktionsplan der IG Metall zur Krisenbewältigung]. Ich will die einzelnen Punkte hier nicht ablesen.

Nur soviel: Die Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene muss eine deutliche Aufwertung erfahren. Damit wir alle mitentscheiden können, wo die Reise hingehen soll, was unter welchen Bedingungen produziert wird.

Damit die Brücke über die Krise an das andere Ufer führt.

Anrede,

der Veranstaltungsort ist kein Zufall. 1972 sind auf Einladung der IG Metall 1250 Teilnehmer aus 22 Ländern und 50 Referenten hier in Oberhausen zusammengekommen, um drei Tage auf hohem Niveau über die „Qualität des Lebens“ zu diskutieren.

Viele wegweisende Initiativen sind aus dieser Veranstaltung erwachsen. Gleichwohl müssen wir heute feststellen: Viel zu wenige hatten und haben die Möglichkeit, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, ihr Lebenswelt qualitätsvoller zu gestalten.

Wir werden uns nicht mit Strukturen abfinden, die nur einigen wenigen Mitspracherechte einräumen, wie wir leben, arbeiten, was wir produzieren und wie das Erwirtschaftete verteilt wird. In Zukunft muss gelten:
Gemeinsam für ein Gutes Leben.

Danke.